

Adoption mit Hindernissen

Bremer Paar scheitert an internationalen Rechtsfragen

Von unserer Redakteurin
Elke Gundel

BREMEN. Malika M. ist ratlos, will aber nicht aufgeben. Ihr Mann und sie versuchen seit vier Jahren, ein zweites Kind aus Algerien zu adoptieren. Doch das Bremer Ehepaar scheitert an der GZA, der für Bremen zuständigen Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle mit Sitz in Hamburg. Sie lehnt die Adoption ab. Nun geht der Fall vor Gericht.

Suchte man Eltern, die ein Kind aus Algerien aufnehmen und großziehen sollen, dann wären Malika M. und ihr Mann ein Glücksfall. Sie ist Deutsche, er ist Algerier und hat die doppelte Staatsbürgerschaft. Sie ist Akademikerin und voll berufstätig, er kümmert sich zurzeit um die Familie.

2001 hat das Paar einen Säugling aus Algerien aufgenommen und adoptiert – das Verfahren war 2003 abgeschlossen. Sie seien „extrem glücklich“ mit ihrem Sohn, sagt Malika M. Der Junge wächst dreisprachig auf. Neben Deutsch und Arabisch wird in der Familie Französisch gesprochen. Einmal im Jahr fahren alle drei für mehrere Wochen nach Algerien, in den Heimatort ihres Mannes, sagt Malika M. Das sei nicht nur ihrem Mann wichtig. Auch ihr Sohn soll das Land, in dem er zur Welt kam, kennenlernen. Algerien gehöre schließlich zu seinem Leben wie seine neue Heimat in Bremen.

Eigene Kinder, bedauert Malika M., könnten ihr Mann und sie nicht bekommen. Auch mit medizinischer Hilfe habe es nicht geklappt. Für beide sei damals rasch klar gewesen: „Es muss nicht unbedingt ein eigenes Kind sein.“ Also überlegte das Paar, ein Kind zu adoptieren. Vom Bremer Jugendamt erfuhren sie, dass es viele Bewerber, aber nur wenige Kinder gibt.

Laut Sozialressort sind 2007 fünf Babys aus Bremen zur Adoption freigegeben worden. Es gab wesentlich mehr Bewerber. Bundesweit kämen im Schnitt 80 Interessenten auf einen Säugling. Also lag für Malika M. und ihren Mann der Gedanke nahe, ein Kind aus Algerien, der zweiten Heimat ihrer binationalen Ehe, aufzunehmen. Die algerischen Behörden, sagt Malika M., waren geneigt, ein Kind zu vermitteln.

Es folgte ein zweijähriges Verfahren. Das Ehepaar und seine Lebenssituation wurden unter die Lupe genommen; dann konnten sie ihren Sohn aufnehmen. Gerade weil das Zusammenleben so gut klappte, dachte das Ehepaar bald über ein zweites Kind nach. 2004 wandten sich Malika M. und ihr Mann erneut ans Bremer Jugendamt. Doch dieses

Mal scheiterten sie – dabei, betont Malika M., seien die algerischen Behörden nach wie vor gern bereit, ein Kind zu vermitteln.

Doch nach den Worten von Anwalt Matthias Westerholt hat sich die Rechtslage geändert. Deutschland trat 2002 dem Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und zur Zusammenarbeit bei internationalen Adoptionen bei. Das, sagt Westerholt, macht die Situation bei Adoptionen aus den meisten muslimischen Ländern kompliziert.

Denn nach dem Islam gibt es keine Adoption wie in westeuropäischen Staaten. Erlaubt ist laut Westerholt nur die Kafala – was am ehesten einer hiesigen Vormundschaft entspricht. Der rechtliche Unterschied laut Westerholt: Anders als bei einer deutschen Adoption gibt es bei der islamischen Kafala für die leiblichen Eltern die Möglichkeit, das Kind zurückzufordern.

So stecken Malika M. und ihr Mann nun juristisch fest. Haltung der GZA: Das algerische Recht erlaubt keine Adoption. Also darf ein Kind das Land offiziell auch nicht verlassen, um in Deutschland adoptiert zu werden. Die Bundesrepublik aber lässt kein algerisches Kind einreisen, wenn es nur in Pflege genommen werden soll.

Konkret sieht es laut Westerholt so aus: Erst muss die GZA die Adoption unterstützen, dann muss das Jugendamt bestätigen, dass die Bewerber als Adoptiveltern geeignet sind. Erst danach kann ein Einreiseantrag für das Kind gestellt werden. Die GZA in Hamburg hat aber ihr Veto eingelegt – und damit nach eigenen Angaben so entschieden, wie es alle deutschen Adoptionsstellen tun: Sie vermitteln generell keine Kinder aus islamischen Ländern, die nur die Kafala erlauben.

Westerholt aber will der Logik „Was in Algerien verboten ist, kann in Deutschland nicht erlaubt sein“ nicht folgen. Damit übernehme Deutschland durch die Hintertür eine Regelung, die sich auf religiöse Vorstellungen des Islam stütze. Das wiederum passe mit dem deutschen Recht nicht zusammen. Deshalb hat der Anwalt Klage erhoben, um die Zustimmung der GZA zur Adoption durchzusetzen. Das Verfahren gilt als Präzedenzfall. Laut Westerholt ist die Frage, wie mit Adoptionen von Kindern aus islamischen Ländern umgegangen werden soll, bundesweit nicht klar beantwortet.

> Malika M. sucht andere Ehepaare, die in einer ähnlichen Situation sind wie sie selbst. Wer zu ihr Kontakt aufnehmen möchte, kann sich in der Kanzlei von Matthias Westerholt unter der Telefonnummer 16 55 290 melden.



Tchibo-Managerin Sonja Hotmar ist „Seitenwechlerin“, eine von inzwischen 60 Bremer Führungskräften, die in einen sozialen Beruf hineingeschnuppert haben. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Seitenwechsel ins Soziale

Die Bremerin Sonja Hotmar hat für eine Woche ihr Büro mit einem Sterbehospiz getauscht

Von unserem Mitarbeiter
Robert Best

BREMEN. „Richtig traurig“ sei sie, sagt Sonja Hotmar, dass die Woche schon wieder vorbei ist. Fünf Tage hat die junge Frau – im Alltag Führungskraft im Bereich Logistik der Tchibo GmbH – als Sterbebegleiterin im Hospiz:brücke in Bremen-Walle gearbeitet. Nach anfänglicher Nervosität ist sie hier bald mit Gästen und Angehörigen vertraut geworden, hat Essen zubereitet oder die sterbenskranken Hausbewohner gewaschen.

Am Ende steht für Sonja Hotmar fest: Kurz, aber lehrreich war die Zeit; reifer und gelassener sei sie geworden. Hotmar ist „Seitenwechlerin“, eine von inzwischen 60 Bremer Führungskräften, die in einen sozialen Beruf hineingeschnuppert haben.

„Seitenwechsel“ heißt das Programm, das nur auf den ersten Blick an die Landarbeit chinesischer Intellektueller während Maos Kulturrevolution erinnern mag. Denn wer hat's erfunden? Die Schweizer. Hier gibt es den Seitenwechsel seit 1995; über

2600 Menschen haben schon teilgenommen. Importiert wurde der Seitenwechsel kurz darauf von der gemeinnützigen Patriotischen Gesellschaft von 1765 (PG) in Hamburg.

Direkt hat sich der Erfolg nicht eingestellt, „harte Akquise“ und Überzeugungsarbeit seien nötig gewesen, um die Unternehmen von Sinn und Zweck eines Seitenwechsels ihrer Führungskräfte zu überzeugen, sagt PG-Mitglied Brigitte Bartmann. Auch in Bremen finden jährlich zwei Marktbörsen statt, auf denen sich soziale Einrichtungen interessierten Unternehmen vorstellen. Alle Führungskräfte ihres Unternehmens hätten hieran teilgenommen, berichtet Sonja Hotmar. Gleichwohl sei sie bislang die einzige, die das Angebot des Seitenwechsels angenommen habe.

Doch reibungslos kam auch ihr positives Fazit nicht zustande: Einige Fehler habe sie gemacht, sich regelrecht „verhoben“, etwa beim Toilettengang der Hospiz-Gäste. Anders als erwartet gestaltete sich der Alltag: undramatischer, ja fröhlicher. Gestorben sei

in den fünf Tagen ihrer „Weiterbildung“ niemand, sagt Hotmar: „Ich hatte einen Todesfall erwartet, weil es sich ja um ein Hospiz handelt.“ Stattdessen erhielt sie Einblick in einen zuweilen stressigen, aber immer herzlichen Arbeits- und Wohnalltag, in dem „der Mensch im Mittelpunkt steht. Was mir sehr wichtig war, da ich ja sonst vor allem mit Bratpfannen, Socken und Fördertechnik zu tun habe“. Über den Dingen stehen, reifere Entscheidungen treffen – das habe sie im Hospiz gelernt, sagt sie, und das helfe ihr auch im Beruf.

Zu solchen Schritten gehöre Mut, sagt Brigitte Bartmann von der PG. Mut, den sie auch bei weiteren Bremer Unternehmen wecken möchte. Die nächste Marktbörse kündigt sie für den 6. Juni an; Näheres erfahre man bei ihr unter Telefon 040 366 619.

Zudem soll im Herbst „als Dankeschön“ für die sozialen Einrichtungen ein umgekehrter Seitenwechsel stattfinden: Sozialarbeiter der teilnehmenden Institutionen begeben sich dann für eine Woche in die Chefetagen.



Wilfried Seehafer mit seiner Startnummer für den Bremer Winterlauf. FOTO: STOSS

Sahara-Marathon: 42 Kilometer durch die algerische Wüste

Wilfried Seehafer nimmt am Lauf der UNO-Flüchtlingshilfe teil / Joggen und Motorradfahren sind seine Leidenschaft

Von unserer Mitarbeiterin
Karina Skwirblies

BREMEN. „Man hat nicht das Netz und den doppelten Boden zur Verfügung.“ Trotzdem hat Wilfried Seehafer keine Angst vor dem Sahara-Marathon. Dass an der Strecke keine Sanitäter stehen, stört ihn wenig. Er ist wüstenerprobt: In seiner Wohnung in Schwachhausen hat er zwei Schaukästen mit Wüstensand und Modellmotorrädern. In einem ist Sand aus der Sahara, in dem anderen Sand aus der Wüste Gobi. Den hat er von seinen Motorradtouren mitgebracht.

Morgen steigt der Fachanwalt für Medizinrecht und Steuerrecht in den Flieger in Richtung Algerien. Anfang kommender Woche findet dann der Sahara-Marathon zugunsten der UNO-Flüchtlingshilfe statt. Aus den deutschsprachigen Ländern haben sich 24 Läufer angemeldet, weitere kommen aus Italien, Frankreich und Spanien. Der Lauf soll saharaischen Flüchtlingen zugute kommen. Vor über 30 Jahren wurden rund

165000 Saharais, ein Volk aus der Westsahara, vertrieben. Sie leben seitdem als Flüchtlinge in der westalgerischen Sahara.

„Es ist wichtig, notwendig und interessant“, betont Wilfried Seehafer. „Es ist ein Lauf gegen das Vergessen. Es gibt keine Berichte mehr in den Medien. Der Marathon ist wichtig, um auf das Elend der Flüchtlinge in der Wüste aufmerksam zu machen.“ 2001 habe der Sahara-Marathon als reine Privatinitiative begonnen, später sei die UNO-Flüchtlingshilfe dazugekommen.

Für den 53-jährigen Seehafer ist es sein zehnter Marathon: „Da muss es etwas Besonderes sein.“ In Bremen, Lissabon, Rom, Florenz, Hamburg und Köln hat er an Läufen teilgenommen. Drei- bis viermal pro Jahr absolvierte er die 42 Kilometer-Distanz, denn erst 2005 hat er mit diesem Sport angefangen. „Das ist der Auslöser“, erklärt er. „Wenn ich den ganzen Tag am Schreibtisch sitze,

muss ich mich danach bewegen. Ich laufe, ich fahre Motorrad.“

Das Motorradfahren ist seit zehn Jahren seine Leidenschaft, seit seine Töchter Astrid und Britta groß sind. Motorradfahren sei familienfeindlich, meint Wilfried Seehafer. Gemeinsam mit seiner Frau Cornelia Selke-Seehafer und den Kindern war er früher ebenfalls in aller Welt unterwegs. Manchmal sagen seine Töchter: „Du spinnst“ zu seinen ungewöhnlichen Motorradreisen. „Andererseits finden sie es spannend.“ Die Ziele, die sich der gelernte Schiffbauer und Schiffbauingenieur wählt, sind in der Tat abenteuerlich.

Er hat den Himalaja auf der höchsten Passstraße der Welt überquert. Von Indien ging es durchs Kaschmirtal und dann wieder zurück nach Delhi. Aus Indien hat er eines seiner acht Motorräder mitgebracht: eine Royal Enfield. „Das ursprünglich englische Werk wurde nach der Pleite an Indien ver-

kauft“, erzählt der Zweiradfan. „Die Motorräder werden noch so gebaut wie 1950 und sehen aus wie Oldtimer.“

Eine andere Reise führte ihn 2005 nach China und Kirgistan. „In die zweitgrößte Sandwüste der Welt, nach Takla-Makan.“ Das chinesische Nummernschild, das er während der Tour an seinem Fahrzeug hatte, hängt bei ihm zu Hause an der Wand. Die Nummer 65025 begleitete ihn auf seinem Weg durch die einmalige Wüstenlandschaft.

Natürlich fährt Wilfried Seehafer niemals allein, sondern in einer gut vorbereiteten Reisegruppe. Von der Gastfreundschaft in den armen Ländern ist er beeindruckt. „Ich habe nirgends so viel Gastfreundschaft erlebt wie in den Ländern, in denen die Leute wenig haben.“ Er erinnert sich an einen Notfall, wo ein Kirgise die zehn Mann starke Gruppe bei sich aufnahm.

Nun trainiert Wilfried Seehafer noch im Bürgerpark oder im Blockland, dann beginnt sein Abenteuer.

Ein Wohnpark für Christen

Katholiken wollen in Lesum sieben Millionen Euro investieren

Von unserem Mitarbeiter
Winfried Schwarz

BREMEN-LESUM. Die katholische Kirchengemeinde „Heilige Familie“ in Grohn will auf ihrem 6300 Quadratmeter großen Gelände der Kirche St. Peter und Paul am Fichtenhof in Lesum einen Wohnpark für Menschen ab 50 Jahren bauen. Für das rund sieben Millionen Euro teure Projekt soll das 1913 gebaute Gotteshaus abgerissen werden. Dieses steht auf der Liste zu schließender Kirchen im Bistum Hildesheim.

Kernstück des neuen Wohnparks, der ausdrücklich keine reine Alten- oder Seniorenanlage sein soll, ist ein mit rund 80 Quadratmetern wesentlich kleinerer Andachtsraum als die heutige Kirche. Er kann jedoch mit wenigen Handgriffen zu einem 177 Quadratmeter großen Festsaal erweitert werden. Um die kleine Kirche herum entstehen 36 Wohnungen mit Größen von 61 bis 111 Quadratmetern plus Balkon oder Loggia. Die Wohnungen sollen nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtet werden. Bei Bedarf werden sie auch behindertengerecht ausgestattet.

Das Projekt soll sich hauptsächlich durch die Mieten der Bewohner finanzieren. Je nach Alter bei Vertragsabschluss, wird für die Bewohner ein Lebensmietpreis errechnet, der sofort fällig wird. Lebt der Bewohner länger als statistisch errechnet, kann er mietfrei in der Wohnung bleiben, stirbt er früher, erhalten die Erben die Restsumme.

Großen Wert legt man bei der Auswahl der neuen Bewohner auf ein christliches Miteinander. Vorträge, Leseabende, Diskussionen oder Exerzitien sollen die Bewohner zusammenführen – in einer Atmosphäre gegenseitiger Toleranz und christlicher Zuwendung, heißt es. Auch eine Kindergruppe soll im Wohnpark ihr Domizil erhalten.

Für Dechant Holger Baumgard ist der neue Wohnpark ein zukunftsorientiertes Beispiel dafür, wie mit den finanziellen und personellen Einsparungen der Diözese Hildesheim umgegangen werden kann. „Statt einzusparen und aufzugeben, haben wir ein Modell entwickelt, wie Christsein in Gemeinschaft gelebt werden kann“, so der Seelsorger. Nach Angaben der Gemeinde haben sich bereits viele Interessenten vor-merken lassen.



Bürgerpark-Tombola wird mobil

Die Bürgerpark-Tombola ist jetzt auf Achse: Gestern präsentierten Anna-Lena Allhorn und Tombola-Chef Dietmar Hoppe die neue „rollende Gewinnausgabe im Tombola-Outfit“. Derzeit kommt das „tombomobil“ in die Gerhard-Rohlf's-Straße (Vegesack) und die Horner Heerstraße (vor Lestra). Später soll es auch an die Schlachte und in den Bürgerpark rollen. FOTO: J. STOSS

Rechtsextremismus: Senatsbericht verlangt

BREMEN (EHO). Seit acht Jahren berichtet der Senat nach Angaben der Grünen nicht mehr über die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Bremen. Das soll sich ihrer Ansicht nach ändern: Die Grünen-Fraktion fordert einen Senatsbericht zum Thema, sagte ihr innenpolitischer Sprecher, Björn Fecker. Der Bericht solle die Straftaten mit rechtsextremem oder fremdenfeindlichem Hintergrund seit 2000 aufzählen. Zudem sollten alle Projekte gegen rechts benannt und bewertet werden.

FDP fordert mehr Geld für die Hochschulen

BREMEN (KEG). Mark Ella, wissenschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, macht sich dafür stark, den Hochschulgesamtsplan V (HGP V) zurückzunehmen. Die Einsparungen des HGP V machten die Hochschulen handlungsunfähig. Kritik sei vor allem, dass die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst, die nach den rot-grünen Plänen von den Hochschulen selbst getragen werden müssen, nicht berücksichtigt worden sind.